

## **Teil I: Friedenspolitische Positionen der Sammlungsbewegung *aufstehen***

**A. Sofortiger bedingungsloser Waffenstillstand und Primat der Diplomatie** durch Interessensausgleich! Krieg als Mittel der Politik ist zu ächten. Das "Stärke" Gequatsche stammt aus den dunkelsten Zeiten dieses Landes und führt nur zu mehr Gewalt! Die Waffen müssen schweigen und die Menschen einander zuhören, um zum Frieden zu finden - es gibt keinen anderen Weg! Wir brauchen dringend eine Rückbesinnung auf die pazifistischen und antimilitaristischen Errungenschaften. Unsere ureigenen Interessen liegen in einem friedlichen Zusammenleben mit allen Nachbarn, incl. Russland. Es braucht partnerschaftliche außenpolitische Beziehungen auf der Basis von Kooperation mit allen Ländern. Gerade da, wo es Spannungen oder Meinungsverschiedenheiten gibt, ist ein ausgleichender Dialog auf Augenhöhe, ohne schwarz-weiß Denken, ohne einhergehende Vorwürfe oder Drohungen am wichtigsten. Es braucht vertrauensbildende Maßnahmen, gemeinsame Sicherheit, neue Abrüstungsverträge und Verlässlichkeit. Ebenso sollte Austausch und Dialog mit den Zivilgesellschaften und Völkerfreundschaften gefördert werden, anstatt sie zu unterbinden.

**B. Keine Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete!** Wie der Verlauf des Stellvertreterkrieges der NATO in der Ukraine seit fast 3 Jahren zeigt, ist die militärische Option gescheitert. Sie hat schon jetzt zu viel zu viel Leid, Elend und Zerstörung geführt. Frieden lässt sich nicht herbeibomben. Wer nach 2 Weltkriegen mit über 80 Millionen Toten, einem zerstörten Kontinent und Leichenbergen die Botschaft „Wir sind zum Frieden verpflichtet“ nicht verstanden hat, hat nichts begriffen.

Das bedeutet selbstverständlich keinerlei Waffenlieferungen an die Ukraine, die als Aufmarschgebiet missbraucht wird, um Russland zu ruinieren. Stattdessen sollte Deutschland den Friedensplan Chinas und Brasiliens unterstützen. Die von der Bundesregierung am 31. Mai 2024 erteilte Erlaubnis, das Einsatzgebiet der bisher aus Deutschland an die Ukraine gelieferten Waffen auf Russland auszuweiten, sowie die geplante Entsendung von Truppen aus NATO-Ländern, muss zurückgenommen werden.

Das bedeutet selbstverständlich auch keine Waffenlieferung an die rechtsradikale, Kriegsverbrechen und Völkermord an den Palästinensern begehende Regierung in Israel!

**C. US-Truppenstationierungsvertrag kündigen, keine Raketenstationierung in Deutschland!** Die US-Truppen in Deutschland mit ihren Kampfjetübungen, Drohnenmorden und Logistikzentren gefährden unsere Sicherheit, zerstören Umwelt und Klima und kosten uns jährlich Millionen Euro für Militärstützpunkte und Manöver. Wir brauchen den Abzug der US-Truppen und Atomwaffen statt weitere US-Raketenstationierungen, die Deutschland als Zielscheibe markieren.

**D. Deutschland muss endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.** Der Bundestag hat bereits 2010 den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland beschlossen. Seit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags im Januar 2022 beherbergt Deutschland völkerrechtswidrig Massenvernichtungswaffen.

**E. NATO auflösen und ersetzen durch ein neues System kollektiver Sicherheit auszuarbeiten auf einer neuen KSZE** inklusive Russland. Das imperialistische NATO-Kriegs- und Konflikteskalationsbündnis ist die größte Gefahr für unsere Sicherheit in Europa und weltweit geworden, ebenso wie zu einem neokolonialen Instrument der Interessensdurchsetzung nach dem Recht des Stärkeren der Minderheit der weißen westlichen Weltbevölkerung gegen die Mehrheit in Asien und den globalen Süden. Die NATO hat sich bereits seit der Auflösung des Warschauer Pakts in ein Offensivbündnis verwandelt, denn sie ist seitdem obsolet. Mit völkerrechtswidrigen Interventionen und Kriegs-Eskalationen weltweit hat sie versucht, sich den Anschein einer weiteren Bestehens-Legitimation zu geben. Der mit dem Beitritt zum einhergehenden Austritt aus der nuklearen

Teilhabe, sowie der Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO sind die ersten sofortigen Schritte, die Deutschland gehen muss, um dann in den politischen Strukturen der NATO auf deren Auflösung hinzuwirken.

**F. NIE WIEDER KRIEG, Abrüstung statt Aufrüstung!** EU und USA haben 310 Mrd. € für die Ukraine verpulvert, was hätte man damit alles Gutes tun können. Anstatt Leben, Gesundheit und Natur zu retten, spülen Kriegstreiber unsere Steuergelder von Sozialsystem & Infrastruktur in die Kassen der Rüstungsindustrie. Die Aufrüstungsspirale auf Kosten unserer sozialen Errungenschaften zerstört nicht nur unseren inneren Frieden, sondern ist auch sicherheitspolitisch die größte Gefahr.

Alle Nationen müssen ihr Rüstungsbudget um 1/2 reduzieren, um die Mittel für die globalen Herausforderungen wie die Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele zu haben. Abrüstung ist auch Klimaschutz! Militärische Emissionen aus Herstellung, Handel, Manöver und Einsatz von Waffen sind die größten Klimakiller, werden aber von Klimaabkommen ignoriert und in Deutschland gefördert.

**G. NIE WIEDER tatenlos zusehen, wenn ein Völkermord geschieht,** anstatt diesen sogar durch Waffen und politische Unterstützung voranzutreiben! Anstatt zur Eskalierung und Ausweitung des Krieges in Nahost und dem Genozid an den Palästinensern beizutragen, benötigen wir Druck auf Israel: Stopp aller Waffenlieferungen, Anerkennung Palästinas, Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Israel. Deutschland muss sich einsetzen für: einen sofortigen Stopp der Bombardierungen und Kampfhandlungen in Gaza, Libanon, Syrien und Jemen.

Die Aufhebung der israelischen Blockade und Besatzung von Gaza, Westjordanland, Libanon und Syrien, die Rücknahme des UNRWA-Verbots und die Freilassung der Geiseln und der palästinensischen Gefangenen.

**H. Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge** Die Fluchtursachen sind selbstgemacht: In den letzten 30 Jahren haben 251 militärische US-Interventionen/Überfälle und Regime Change Versuche in anderen Staaten diese in schrecklicher Zerstörung und Chaos zurückgelassen, Staatszerfall und Terrorismus befördert. Neoliberale Freihandelsabkommen, die an Entwicklungshilfe geknüpft werden mit Steuerfreiheit und Gewinngarantie für ausländische Unternehmen stehen jeder Entwicklung einheimischer Wirtschaft in den Ländern des Südens im Weg. Einseitige Interessendurchsetzung anstelle eines Interessenausgleiches schafft keinen Frieden, sondern erzeugt Spannungen, Instabilitäten, und Kriege. Konfliktprävention und die Beseitigung struktureller Konfliktursachen, vor allem in den Ländern des Globalen Südens, müssen im Vordergrund stehen, um allen Menschen ein Leben in Frieden in ihrem Land zu ermöglichen und die Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung dort zu verbessern. Entwicklungshilfe darf nicht an Marktliberalisierungsbedingungen geknüpft sein und nicht von militärischen Maßnahmen begleitet werden. Besatzungen Militärinterventionen und Wirtschaftssanktionen müssen beendet werden. Wirtschaftssanktionen sind ein Instrument des Wirtschaftskriegs, der nicht zuerst die politisch Verantwortlichen trifft, sondern immer die Bevölkerung. Solch eine Kollektivbestrafung hat im Irak Millionen Menschenleben gekostet, heute gefährdet sie die Daseinsfürsorge und die Industriearbeitsplätze von Hunderttausenden in Deutschland sowie die Grundversorgung im globalen Süden. Das mag ein Instrument für Großmachtpolitik sein: ein politisches Mittel zum Schutz von Menschenrechten oder Völkerrecht, wie es vorgeheuchelt wird, sind sie keinesfalls.

**I. Demokratie und Meinungsfreiheit schützen** Unsere Demokratie und Freiheit sind vor allem von innen bedroht, u.a. durch die eingeforderte Kriegstüchtigkeit, Feindbilder, neue Polizeigesetze, Versammlungsgesetze, Überwachung, das Sägen am Parlamentsvorbehalt, Zensur und Einseitigkeit in den Medien. Freiheits- und Bürgerrechte dürfen niemals zu

Lasten von vermeintlicher Sicherheit abgebaut werden. Parallel zu der erschreckenden Militarisierung der Gesellschaft, findet eine zunehmende Militarisierung des Denkens und des Handelns, begleitet von der entsprechenden Verrohung der Wahrnehmung und der Sprache, statt. Menschen mit anderer Meinung werden oft nicht einmal angehört, Kritik wird tabuisiert oder erstickt.

Ein reaktionär autoritärer und militaristischer Staatsumbau wird vielleicht von rechts propagiert – umgesetzt wird er allerdings gerade von Rot, Grün, sowie der CDU. Denn hier finden sich die lautesten Kriegstreiber, welche die Gesellschaft spalten, indem sie berechnete Regierungskritik als „russisches Narrativ“ brandmarken und Verschwörungserzählungen über Russland verbreiten, um die Aufrüstung voranzutreiben. Eine angebliche „russische Bedrohung“ wird herbeigeredet und herbeiprovoziert, aber wenn die Regierung direkt per Anfrage konfrontiert wird, gibt sie zu, dass es keine Bedrohung durch Russland gibt. Bezeichnungen wie gut/böse, „wir“ gegen „die anderen“, sind aus humanistischer Tradition grundsätzlich abzulehnen. Die Kategorie "Feind" ist nicht mit der Idee des demokratischen Rechtsstaats in Einklang zu bringen und steht im Gegensatz zu einer liberalen, offenen Gesellschaft in der alle als Schützenswerte humane Wesen zu behandeln sind.

Jeder muss seine Meinung frei und ohne Furcht vor gesellschaftlicher und politischer Ächtung äußern können, auch wenn diese nicht der über die Leitmedien veröffentlichten Meinung entspricht.

Wir brauchen die Demokratisierung aller Lebensbereiche, vom Arbeitsplatz über Bildungseinrichtungen bis hinein in die gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, sowie die Wahrung und Schaffung von Transparenz in politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen.



## Teil II: Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2025

### 1) Frieden schaffen

Wie wollen Sie die Kriegsgefahr bannen (Bündnispartner, Verhandlungstaktik)?

Wie stehen Sie zu globalen Militärbündnissen (z. B. NATO)?

Wie stehen Sie zu einer stärkeren Einbeziehung der Bevölkerung in militärische Aufgaben?

Wie stehen Sie zu einer Wiedereinführung der Wehrpflicht?

Welche Meinung haben Sie zur Aufstockung des Verteidigungsetats?

Wie stehen Sie zu weiteren Waffenexporten in aktuelle Krisengebiete (Art der Waffen etc.)?

Wie stehen Sie zur erneuten Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland?

Wie schätzen Sie das Risiko eines Atomkriegs ein?

## **2) Soziale Ungleichheit abbauen**

Mit welchen Maßnahmen wollen sie die öffentliche Daseinsvorsorge (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Rente, Wohnen etc.) insgesamt verbessern?

Welche Aufgaben müssen Ihrer Meinung nach in kommunaler/staatlicher Verantwortung liegen?

Wie stehen Sie zur Privatisierung kommunaler und öffentlicher Aufgaben?

Mit welchen steuerpolitischen Maßnahmen wollen Sie zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen (Einkommens- und Kapitalertrags-, Gewerbe-, Erbschafts-, Vermögenssteuer etc.)?

Wie sollen die Eckpfeiler Ihrer Familienpolitik aussehen?

Wie ist Ihre Haltung zur aktuellen Migrations- und Integrationspolitik?

Welche Maßnahmen stellen Sie sich bezüglich einer bedarfsgerechten Ausbildung von Fachkräften vor?

## **3) Wirtschaft humanisieren**

Welche Maßnahmen sind nötig, damit die Erträge aus unserer nationalen Wirtschaft „allen“ Bevölkerungsschichten angemessen zugutekommen?

Wie stehen Sie zur Begrenzung des Einflusses der Banken und Konzerne auf die Wirtschaftspolitik?

Mit welchen Maßnahmen gedenken Sie den Mittelstand zu stärken?

Wie stehen sie zum Wirtschaftsmodell der Gemeinwohl-Ökonomie?

Streben Sie ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Import und Export an und wenn ja, welche Maßnahmen sehen Sie dafür vor?

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit unsere Produktion nicht weiter ins Ausland verlagert wird?

## **4) Umwelt schützen, Ressourcenverbrauch reduzieren**

Was werden Sie in Deutschland dazu beitragen, beschlossene Nachhaltigkeitsziele zu erreichen?

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine ressourcen- und landschaftsschonende Energiegewinnung gewährleisten?

Welche Technologien der Energieerzeugung (Heizung, Strom etc.) werden Sie in Zukunft unterstützen? Sollte LNG dabei eine Rolle spielen?

Wie wollen Sie den Einsatz von Kunststoffmaterialien und anderer problematischer Materialien verringern und diese umweltfreundlich recyceln (insbesondere auch Rotoren von Windkraftanlagen, verbrauchte PV-Elemente und Batterien von E-Fahrzeugen)?

Wie soll der öffentliche Verkehr gestärkt und der Individualverkehr reduziert werden? Wie soll die Zahl der Straßenverkehr Opfer verringert werden?

Welche Maßnahmen ergreifen Sie zum Artenschutz und zum Erhalt der Biodiversität? Welche Rolle spielen dabei auch Renaturierungsmaßnahmen (z. B.

Wiederaufforstung des Waldes und die Wiedervernässung von Mooren)?

Wie stehen Sie zur Einführung des Klimageldes?

## **5) Demokratie neu denken**

Wie stehen Sie zur Implementierung neuer Demokratieformen (Basisdemokratie, direkte Demokratie etc.)? Stichwort transparente Willensbildungsprozesse!

Was tun Sie, um die „im Grundgesetz“ vorgesehenen Volksentscheide zu realisieren?

Wie gedenken Sie den Gefahren des „Demokratieabbaus“ entgegenzutreten?

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Pluralität bzw. die Vielfalt der Sichtweisen in den Medien (Vierte Gewalt) fördern?

Wie stehen Sie zu einer lückenlosen Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen?

Wie stehen Sie zum Pandemievertrag der WHO?

Wie sieht für Sie eine funktionierende und demokratiefördernde Interessenvertretung (Lobbyismus) aus?

Wie schätzen Sie die Gefahren der digitalen Transformation ein (Digitalzwang, Mediensucht, Kostensteigerungen etc.)?

Wie wirken Sie der Gefahr einer „Überwachungsgesellschaft“ entgegen (digitale Chatkontrolle etc.)?